

Jahr	Gestorbene an Tuberkulose aller Formen						Davon an Tuberkulose								
	männlich			weiblich			der Atmungsorgane						anderer Organe		
							männlich			weiblich			zusammen		
	Anzahl	1)		Anzahl	1)		Anzahl	1)		Anzahl	1)		Anzahl	1)	
1953	780	2,5		495	1,4		679	2,2		371	1,0		1 050	1,6	
1958	748	2,2		382	1,0		685	2,0		302	0,8		987	1,3	
1963	748	1,9		301	0,7		703	1,8		266	0,6		969	1,2	
1964	664	1,7		229	0,5		631	1,6		193	0,5		824	1,0	
1965	722	1,8		243	0,6		677	1,7		209	0,5		886	1,1	

1) Auf 10 000 der Bevölkerung, jeweils nach Geschlecht.

Behandlung zugeführt, und seine Krankheit kann deshalb verhältnismäßig rasch ausgeheilt werden. Auch ist es für ihn dann nicht mehr möglich, seine Umgebung anzustecken. Neben anderen Gründen dürfte sich ferner die Zahl der an Tuberkulose erkrankten ausländischen Arbeitskräfte auswirken. Neuen Untersuchungen² zufolge sind die in der Bundesrepublik lebenden Ausländer anfälliger für Tuberkulose als die einheimische Bevölkerung.

Krankenbestand geht wieder zurück

Nach den Meldungen der Gesundheitsämter waren am 31. Dezember 1965 insgesamt 31 695 Personen an einer aktiven Tuberkulose erkrankt, 2,7 % weniger als im Jahr zuvor. Dabei war der Rückgang bei den an offener Lungentuberkulose Erkrankten um 6,8 % – bei den Frauen um 10,3 % und bei den Männern um 6,0 % – bemerkenswert.

Weitaus der größte Teil der Gemeldeten (85 %) litt an einer aktiven pulmonalen Tuberkulose, bei den meisten von ihnen handelte es sich indes um eine nicht ansteckende Tuberkulose der Atmungsorgane; an einer aktiven Tuberkulose anderer Organe waren etwa 15 % der Erfaßten erkrankt. Wie schon bei den Neuzugängen beobachtet, ist die Verteilung des Krankenbestandes auf die einzelnen Tuberkuloseformen in den letzten Jahren im wesentlichen gleichgeblieben.

Auf 10 000 Einwohner berechnet, ergab sich am Jahresende 1965 eine Krankenbestandsziffer von 37,6 gegenüber 39,4 Ende 1964. Im Vergleich mit dem Stand vom 31. Dezember 1961 (46,9 Erkrankte auf 10 000 Einwohner) hat sie sich beachtlich verringert. Hier läßt sich der Erfolg bei der Bekämpfung der Tuberkulose erkennen.

Wird die Zahl der Erkrankten nach Alter und Geschlecht gegliedert, so zeigt sich – entsprechend den Neuzugängen –, daß Männer besonders hinsichtlich der Tuberkulose der Atmungsorgane mehr gefährdet sind als Frauen und Kinder. Die Bestandsziffer der an ansteckender Tuberkulose der Atmungsorgane erkrankten Männer belief sich am Jahresende 1965 auf 20,1, die der Frauen auf 5,4.

Nicht so kraß ist der Unterschied bei der nicht ansteckenden Tuberkulose der Atmungsorgane mit 32,3 erkrankten Männern

und 17,6 erkrankten Frauen auf 10 000 der jeweiligen Alters- und Geschlechtsgruppe. Bei der extrapulmonalen Tuberkulose ergeben sich hingegen kaum Verschiedenheiten.

Höhere Aufwendungen

Im Rahmen der Sozialhilfe wurden in Baden-Württemberg im Jahr 1965 rund 14,7 Mill. DM ausgegeben, davon allein 5,8 Mill. DM für Hilfe in Anstalten (geschlossene Tuberkulosefürsorge). Gegenüber dem Vorjahr steigerten sich die Ausgaben um 0,4 Mill. DM (+ 2,8 %), was durch höhere Leistungen der geschlossenen Tuberkulosefürsorge verursacht wurde (11,5 %); die Ausgaben für die offene Tuberkulosefürsorge verminderten sich um 2,2 %. Für Tuberkulosekranke standen am Jahresende 1965 in Fachkrankenhäusern, Universitätskliniken und sonstigen Krankenhäusern 10 419 Betten bereit.

Niedrige Sterbeziffer

Nach der Todesursachenstatistik starben im Jahr 1965 an Tuberkulose 723 Personen (Tabelle 3), das waren 8,1 % mehr als im Jahr zuvor. Die Sterbeziffer erhöhte sich zwar von 1,1 im Jahr 1964 – dem seither niedrigsten Stand – auf 1,2, sie lag aber immer noch unter den Werten der Jahre vor 1964. Die Sterblichkeit war wie in den Vorjahren³ beim männlichen Geschlecht (1,8) viel größer als beim weiblichen (0,6). Besonders stark wurden die älteren Menschen beiderlei Geschlechts betroffen.

Rund 270 000 Tuberkulosekranke im Bundesgebiet

Im Bundesgebiet wurden 1964 – neuere Zahlen liegen noch nicht vor – 55 204 Neuzugänge an aktiver Tuberkulose aller Formen gemeldet; Baden-Württemberg war daran zu 15,7 % beteiligt. Dieser Anteil ist etwas höher als der entsprechende Bevölkerungsanteil (14,1 %). Insgesamt waren am Jahresende 1964 im Bundesgebiet, einschließlich Berlin, 271 568 Tuberkulosekranke registriert; auf 10 000 Einwohner bezogen, waren dies 46,4 Erkrankte gegenüber 37,6 in Baden-Württemberg. An Tuberkulose starben im Bundesgebiet 7390 Menschen; die Sterbeziffer liegt im Bundesgebiet mit 1,3 auf 10 000 Einwohner etwas höher als in Baden-Württemberg.

Dipl.-Volkswirt Ruth Paulus

² Vgl. G. Neumann: Die Tuberkulose der Ausländer in der Bundesrepublik in Hippokrates, Heft 8/1966.

³ Vgl. hierzu Schaubild Tuberkulosesterblichkeit in dieser Zeitschrift, Heft 12 des 12. Jahrgangs (1964).

Die kommunalen Finanzen im Jahr 1964

Stark erhöhtes Ausgabevolumen

Die Gesamtausgaben¹ der in Baden-Württemberg vorhandenen 3448 Gemeinden und Gemeindeverbände beliefen sich nach den Ergebnissen der Finanzstatistik im Jahr 1964 auf insgesamt 6361 Mill. DM; sie haben sich demnach gegenüber dem Vorjahr um 864 Mill. DM oder 15,7 % erhöht. Im Jahr 1963 betrug die Zunahme 596,5 Mill. DM oder 12,2 %. Innerhalb der kommunalen Gruppen ist die Entwicklung des Ausgabevolumens allerdings wiederum sehr unterschiedlich gewe-

sen. Die neun Stadtkreise erhöhten ihre Ausgaben im Berichtsjahr nur um 110,6 Mill. DM (+ 6,9 %), während das Finanzvolumen der kreisangehörigen Gemeinden insgesamt um 562 Mill. DM (+ 18,8 %) angestiegen ist. Entsprechend hat sich der Anteil der Ausgaben der Stadtkreise am gesamten kommunalen Ausgabevolumen von 29,1 % im Jahr 1963 auf 26,9 % verringert. Die Landkreise weisen eine Zunahme von 114 Mill. DM (+ 14 %) auf. Bei den Bezirksverbänden wurde erstmals der am 1. Januar 1964 neu gegründete nunmehr kommunale Landeswohlfahrtsverband Baden in die Gemeindefinanzstatistik aufgenommen. Entsprechend hat sich deren Finanzvolumen von 97,3 Mill. DM auf nahezu 174 Mill. DM erhöht.

¹ Bereinigte Ausgaben: Bruttoausgaben abzüglich Erstattungen und Zuweisungen (Darlehen) von Gemeinden (Gv).

Tabelle 1

**Bereinigte Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände
in den Rechnungsjahren 1963 und 1964 nach Gebietskörperschaften
und Gemeindegrößenklassen**
— ordentliche und außerordentliche Rechnung —

Gebietskörperschaft Gemeindegrößenklasse	1964			1963	Zu- (+) bzw. Abnahme (-)	
	Mill. DM	%	DM je Einw.	Mill. DM	Mill. DM	%
Stadtkreise zusammen	1 710,6	26,9	948	1 600,0	+ 110,6	+ 6,9
Stuttgart ¹⁾	528,4	8,4	832	512,8	+ 15,6	+ 3,0
Mannheim	348,1	5,5	1 075	351,7	- 3,6	- 1,0
Karlsruhe	294,2	4,6	1 165	260,1	+ 34,1	+ 13,1
Freiburg i. Br.	127,4	2,0	836	102,7	+ 24,7	+ 24,0
Pforzheim	104,0	1,6	1 203	100,5	+ 3,5	+ 3,5
Heidelberg	96,2	1,5	762	93,1	+ 3,1	+ 3,3
Ulm	95,9	1,5	1 018	82,2	+ 13,7	+ 16,7
Heilbronn	78,3	1,2	834	68,4	+ 9,9	+ 14,5
Baden-Baden	38,1	0,6	952	28,5	+ 9,6	+ 33,7
Kreisangehörige Ge- meinden zusammen	3 547,4	55,8	554	2 985,1	+ 562,3	+ 18,8
10 000 und mehr Ein- wohner	1 300,7	20,5	671	1 119,1	+ 181,6	+ 16,2
5 000 bis unter 10 000 Einwohner	514,4	8,1	532	438,0	+ 76,4	+ 17,4
3 000 bis unter 5 000 Einwohner	436,4	6,9	509	356,5	+ 79,9	+ 22,4
2 000 bis unter 3 000 Einwohner	313,4	4,9	485	261,6	+ 51,8	+ 19,8
1 000 bis unter 2 000 Einwohner	496,6	7,8	486	401,1	+ 95,5	+ 23,8
weniger als 1 000 Ein- wohner	485,9	7,6	502	408,8	+ 77,1	+ 18,9
Landkreise	929,2	14,6	145	815,0	+ 114,2	+ 14,0
Bezirksverbände	173,8	2,7	21	97,3	+ 76,5	+ 78,6
Gemeinden (Gv) insgesamt	6 361,0	100	775	5 497,4	+ 863,6	+ 15,7

¹⁾ Infolge der Neuordnung der Versorgungs- und Verkehrsunternehmen der Stadt Stuttgart mußten, um mit dem Vorjahr vergleichen zu können, 77 Mill. DM Stammkapitalerhöhung der Eigengesellschaft „Technische Werke der Stadt Stuttgart AG (TWS-AG) abgesetzt werden.

Die relativ niedrige Zuwachsrates der Stadtkreise insgesamt ergibt sich durch einen Rückgang des Ausgabevolumens bei Mannheim (— 3,6 Mill. DM) und durch verhältnismäßig geringfügige Zunahmen bei Heidelberg (+ 3,1 Mill. DM), Pforzheim (+ 3,5 Mill. DM) und Stuttgart (+ 15,6 Mill. DM); stärkere Zunahmen verzeichneten die Stadtkreise Karlsruhe (+ 34,1 Mill. DM), Freiburg im Breisgau (+ 24,7 Mill. DM), Ulm (+ 13,7 Mill. DM) sowie Heilbronn und Baden-Baden mit je rund 10 Mill. DM. Die auf den Einwohner berechneten Ausgaben des Jahres 1964 betragen bei den kleinen Gemeinden unter 1000 Einwohnern 502 DM und nehmen in den beiden folgenden Größenklassen zunächst ab. Erst von der Größenklasse 3000 bis unter 5000 Einwohner an macht sich der schon in früheren Jahren beobachtete Trend bemerkbar, daß mit zunehmender Größenklasse der Kopfbetrag der Ausgaben immer stärker ansteigt. Bei den Stadtkreisen insgesamt sind die Ausgaben je Einwohner mit 948 DM nicht ganz doppelt so hoch wie bei den kreisangehörigen Gemeinden insgesamt (554 DM). Innerhalb der Stadtkreise steht Pforzheim mit 1203 DM wiederum an der Spitze; dicht darauf folgen Karlsruhe (1165 DM), Mannheim (1075 DM) und Ulm (1018 DM). Stuttgart liegt mit 832 DM beträchtlich unter dem Stadtkreisdurchschnitt (948). Die niedrigste Quote weist Heidelberg mit 762 DM auf.

Von den gesamten Ausgaben der kommunalen Gebietskörperschaften im Rechnungsjahr 1964 in Höhe von 6,4 Mrd. DM entfielen mit 3431 Mill. DM wiederum mehr als die Hälfte (53,9%) auf vermögenswirksame Ausgaben (im Jahr 1963 = 52,1%) und 2930 Mill. DM oder 46,1% auf Verwaltungs- und Zweckausgaben. Die Ausgaben der Vermögensbewegung sind seit 1963 mit einer Zunahme von 569,5 Mill. DM = 19,9% absolut und relativ nahezu doppelt so stark gestiegen wie die vermögensunwirksamen Ausgaben (um 294 Mill. DM = 11,2%).

2,3 Mrd. DM Bauinvestitionen

Auch im Jahr 1964 waren für die starke Zunahme der Ausgaben der Vermögensbewegung um 569,5 Mill. DM in erster Linie die Aufwendungen für Bauinvestitionen ausschlaggebend. Sie erhöhten sich um 480 Mill. DM auf 2268 Mill. DM und erreichten damit die stärkste jährliche Zuwachsrate sowie mit 35,6% auch den höchsten Anteil an den Gesamtausgaben seit der Währungsreform. Dieser Anteil war bei den kreisangehörigen Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern mit 54,6% mehr als doppelt so hoch wie bei den Stadtkreisen (20,9%). Es folgen die Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern und die Landkreise mit Anteilen von 36,9% bzw. 20,9%. Bemerkenswert ist, daß an der Zunahme der Investitionsausgaben in Höhe von 480 Mill. DM (+ 26,8%) vor allem die Gemeinden bis unter 10 000 Einwohner in sehr starkem Maße beteiligt waren, und zwar mit 294 Mill. DM (+ 31,5%); auf die Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern entfielen 98,3 Mill. DM (+ 25,7%) und auf die Landkreise 55,1 Mill. DM oder 39,6%; während die Stadtkreise nur 37,6 Mill. DM (+ 11,7%) mehr aufgewendet haben.

Von den Ausgaben für Bauinvestitionen in Höhe von 2268 Mill. DM fanden 574 Mill. DM für die öffentlichen Einrichtungen, 553 Mill. DM für den Schulbau und 514 Mill. DM für den Straßenbau Verwendung. Für das Gesundheitswesen, insbesondere für den Krankenhausbau, wurden 187 Mill. DM ausgegeben. Eine gegenüber dem Jahr 1963 stärkere Investitionstätigkeit ist vor allem beim Schulbau (+ 152 Mill. DM), bei den öffentlichen Einrichtungen (+ 115 Mill. DM) und beim Straßenbau (+ 99 Mill. DM) aufgetreten.

Tabelle 2 Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände
in den Rechnungsjahren 1963 und 1964 nach Ausgabearten
— ordentliche und außerordentliche Rechnung —

Ausgabeart	1964		1963		Zu- (+) bzw. Abnahme (-)	
	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%
Verwaltungs- u. Zweck- ausgaben	2 930,3	46,1	2 636,2	47,9	+ 294,1	+ 11,2
davon						
Persönliche Ausgaben	1 213,6	19,1	1 102,2	20,0	+ 111,4	+ 10,1
Unterhaltung von unbe- weglichem Vermögen	189,5	3,0	176,7	3,2	+ 12,8	+ 7,2
Zinsen	103,9	1,6	87,1	1,6	+ 16,8	+ 19,3
Zuweisungen an Land (Bund)	217,2	3,4	206,7	3,8	+ 10,5	+ 5,1
Übrige Verwaltungs- u. Zweckausgaben	1 206,1	19,0	1 063,5	19,3	+ 142,6	+ 13,4
Ausgaben der Vermö- gensbewegung	3 430,7	53,9	2 861,2	52,1	+ 569,5	+ 19,9
davon						
Bauinvestitionen	2 268,3	35,6	1 788,2	32,5	+ 480,1	+ 26,8
Neuanschaffung von be- weglichem Vermögen	121,1	1,9	112,8	2,1	+ 8,3	+ 7,4
Tilgung	207,0	3,3	197,4	3,6	+ 9,6	+ 4,9
Gewährung von Dar- lehen	228,0	3,6	208,4	3,8	+ 19,6	+ 9,4
Zuführung an Rückla- gen und an Kapital- vermögen	324,7	5,1	303,3	5,5	+ 21,4	+ 7,1
Erwerb von Grundver- mögen	281,6	4,4	251,1	4,6	+ 30,5	+ 12,1
Ausgaben insgesamt¹⁾	6 361,0	100	5 497,4	100	+ 863,6	+ 15,7

¹⁾ Bereinigte Ausgaben.

In engem Zusammenhang mit den Bauausgaben stehen die sonstigen gemeindlichen Sachinvestitionen. Die nachgewiesenen Grundstücksausgaben sind um 30,5 Mill. DM auf 282 Mill. DM und die Neuanschaffung von beweglichem Vermögen um 8,3 Mill. DM auf 121 Mill. DM angestiegen.

Gewährung von Darlehen

Als sogenannte mittelbare Investitionen kann man die Beträge ansehen, die die Gemeinden (Gv) in Form von Darlehen ausgegeben haben. Es handelt sich hier meist um

weitergegebene Darlehen, die zur Finanzierung von Bauinvestitionen bestimmt sind. Die Darlehensgewährung hat sich im Jahr 1964 um 19,6 Mill. DM auf 228 Mill. DM erhöht; davon entfielen mit 149 Mill. DM knapp zwei Drittel auf die Stadtkreise. Von den 228 Mill. DM flossen 175 Mill. DM den wirtschaftlichen Unternehmen zu; sie dienten vor allem dem weiteren Ausbau der Versorgungs- und Verkehrsbetriebe. Dem privaten Wohnungsbau wurden 42 Mill. DM zur Verfügung gestellt.

Schuldentilgung

Die seit Jahren beträchtlich zunehmende Verschuldung der Gemeinden (Gv) hat auch die Aufwendungen für den Schuldendienst ständig wachsen lassen. Mit 207 Mill. DM waren die Tilgungsleistungen im Jahr 1964 um 10 Mill. DM höher als im Jahr zuvor. Rechnet man noch 104 Mill. DM für die Verzinsung dazu, so mußten die Gemeinden (Gv) im Jahr 1964 rund 311 Mill. DM – das sind 4,9% der Gesamtausgaben – für den laufenden Schuldendienst aufbringen. Hieran waren die Aufgabenbereiche Schulen, Straßen und öffentliche Einrichtungen mit knapp zwei Dritteln beteiligt.

Bei der Finanzierung der kommunalen Investitionen kommt der Rücklagebildung eine immer größere Bedeutung zu; sie ist gegenüber dem Jahr 1963 um 21,4 Mill. DM auf rund 325 Mill. DM angewachsen. Verhältnismäßig hohe Rücklagen wurden für die wirtschaftlichen Unternehmen (63 Mill. DM) gebildet. Aber auch für Investitionsvorhaben der Aufgabenbereiche Schulen, Straßen, Wohnungsbauten, Krankenhäuser und öffentliche Einrichtungen wurden Rücklagen in Höhe von je 40 bis 50 Mill. DM angesammelt. – Außer diesen speziellen Rücklagen in Höhe von 325 Mill. DM sind noch 41 Mill. DM den Rücklagen für den Gesamthaushalt zugeführt worden, so z. B. der allgemeinen Ausgleichsrücklage und der Betriebsmittelrücklage.

Verwaltungs- und Zweckausgaben

Die Verwaltungs- und Zweckausgaben, die sich im Jahr 1964 um 294 Mill. DM (+ 11,2%) auf 2930 Mill. DM erhöht haben, beanspruchten im Durchschnitt knapp die Hälfte (46,1%) der kommunalen Gesamtausgaben. Mit Anteilen von 69,5% bzw. 53,9% an den Gesamtausgaben besitzen die Verwaltungs- und Zweckausgaben bei den Landkreisen und den Stadtkreisen ein überdurchschnittliches Gewicht. Bei den kreisangehörigen Gemeinden insgesamt machen sie stark ein Drittel der Gesamtausgaben aus. Etwa zwei Fünftel der Verwaltungs- und Zweckausgaben entfielen wie bisher auf die persönlichen Ausgaben. In erster Linie unter dem Einfluß tariflicher und besoldungsmäßiger Verbesserungen haben sich die gemeindlichen Ausgaben für das Personal der verschiedenen Aufgabenbereiche um 111 Mill. DM (+ 10,1%) auf 1214 Mill. DM

erhöht. Trotz dieser beträchtlichen Zunahme sind sie aber relativ langsamer gewachsen als die Ausgaben insgesamt (+ 15,7%), so daß der Anteil an den Gesamtausgaben von 20,0% im Jahr 1963 auf 19,1% zurückgegangen ist.

Von den unter dem Sammelbegriff *Übrige Verwaltungs- und Zweckausgaben* zusammengefaßten verschiedenen vermögensunwirksamen Ausgabepositionen stehen die Leistungen im Rahmen des Verwaltungszweiges Soziale Angelegenheiten (ohne die Lastenausgleichsleistungen) in Höhe von 455 Mill. DM (im Jahr 1963 = 424 Mill. DM) an erster Stelle. Da die Ausgaben hierfür jedoch nach den gesetzlichen Bestimmungen überwiegend vom Bund und Land ersetzt werden, sind die kommunalen Haushalte nur zu einem Teil damit belastet. Von erheblicher Bedeutung sind auch die sogenannten Bewirtschaftungskosten, die sich seit 1963 insbesondere bei den Krankenhäusern von 133 auf 148 Mill. DM, bei den gemeindlichen Einrichtungen des Einzelplans 7 (Straßenbeleuchtung, Straßenreinigung, Müllabfuhr, Fuhrpark, Friedhöfe usw.) von 128 auf 142 Mill. DM und bei den Schulen von 90 auf 97 Mill. DM erhöht haben. Der sächliche Verwaltungsaufwand des Einzelplanes 0 (Allgemeine Verwaltung) betrug 83 Mill. DM gegenüber 74 Mill. DM im Jahr 1963.

Die Ausgaben für den Zinsendienst haben sich infolge der zunehmenden Ausweitung der Schuldaufnahmen weiter erhöht und beliefen sich im Rechnungsjahr 1964 auf 104 Mill. DM, das sind 16,8 Mill. DM mehr als im Jahr 1963.

Für die Unterhaltung und Instandsetzung des unbeweglichen Vermögens haben die Gemeinden (Gv) mit 189,5 Mill. DM rund 13 Mill. DM mehr ausgegeben als 1963. Fast die Hälfte des Gesamtbetrages (92 Mill. DM) entfiel auf die Unterhaltung von Straßen, Wegen und Brücken. An zweiter Stelle folgen die öffentlichen Einrichtungen mit 27 Mill. DM. Für die Schulen wurden 24 Mill. DM und für die Krankenhäuser 8,3 Mill. DM aufgewendet.

Bei den Zuweisungen an das Land in Höhe von 217 Mill. DM handelt es sich in der Hauptsache um die Schulumlage (194 Mill. DM), die von den Stadt- und Landkreisen an das Land für die Besoldung der Lehrer an Volks-, Mittel-, Höheren und Berufsbildenden Schulen abzuführen ist. Ferner sind in dem Betrag von 217 Mill. DM noch 6,7 Mill. DM Polizeikostenbeiträge enthalten, die die Gemeinden mit 5000 und mehr Einwohnern für die staatliche Polizei an das Land zu entrichten haben, sowie 8,7 Mill. DM Zuschüsse der Städte Stuttgart und Karlsruhe für die Staatstheater.

Zunehmende Bedeutung der speziellen Deckungsmittel

Die speziellen Deckungsmittel, also die zweckgebundenen Einnahmen, die unmittelbar bei den einzelnen Verwaltungszweigen anfallen, beliefen sich im Jahr 1964 auf insgesamt 2524 Mill. DM. Ihre zunehmende Bedeutung geht daraus

Tabelle 3 Bereinigte Ausgaben nach Aufgabenbereichen in den Rechnungsjahren 1963 und 1964
– ordentliche und außerordentliche Rechnung –

Aufgabenbereiche	1964		1963		Zu- (+) bzw. Abnahme (-)		Zuschußbedarf der ordentlichen Rechnung 1964
	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%	
0 Allgemeine Verwaltung	408,6	6,3	358,3	6,4	+ 50,3	+ 14,0	350,1
1 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	119,5	1,9	111,9	2,0	+ 7,6	+ 6,8	72,3
2 Schulen	1 216,4	18,9	1 011,1	18,2	+ 205,3	+ 20,3	723,5
3 Kultur	106,2	1,7	97,4	1,8	+ 8,8	+ 9,0	79,1
4 Soziale Angelegenheiten	653,5	10,2	545,3	9,8	+ 108,2	+ 19,8	387,1
5 Gesundheitspflege	725,2	11,3	619,5	11,2	+ 105,7	+ 17,0	227,2
6 Bau- und Wohnungswesen	1 187,9	18,5	1 024,1	18,4	+ 163,8	+ 16,0	584,8
darunter							
Wohnungsbau und Wohnsiedlung	162,8	2,5	126,0	2,3	+ 36,8	+ 2,9	51,6
Straßen, Wege, Brücken	826,0	13,0	721,4	13,0	+ 104,6	+ 14,4	415,7
7 Öffentl. Einrichtungen, Wirtschaftsförderung	1 260,7	19,6	1 103,8	19,9	+ 156,9	+ 14,2	459,8
davon							
Öffentliche Einrichtungen	1 059,6	16,5	915,9	16,5	+ 143,7	+ 15,7	374,9
Wirtschaftsförderung	201,1	3,1	187,9	3,4	+ 13,2	+ 7,0	84,9
8 Erwerbseinkünfte	639,9	10,0	586,3	10,6	+ 53,6	+ 9,1	180,1
9 Finanz- und Steuerverwaltung	100,2	1,6	92,2	1,7	+ 8,0	+ 8,7	73,7
abzüglich							
Erstattungen	57,1	—	52,5	—	4,6	—	—
Ausgaben insgesamt	6 361,0	100	5 497,4	100	+ 863,6	+ 15,7	3 137,7

Tabelle 4

Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände nach Einnahmearten in den Rechnungsjahren 1963 und 1964
— ordentliche und außerordentliche Rechnung —

Einnahmeart	1964		1963		Zu- (+) bzw. Abnahme (-)	
	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%
Spezielle Deckungsmittel	2 524,3	39,4	2 039,0	36,3	+ 485,3	+ 23,8
Verwaltungs- und Betriebseinnahmen	1 232,6	19,2	999,3	17,8	+ 233,3	+ 23,3
davon						
Gebühren, Entgelte, Strafen	824,6	12,8	686,1	12,2	+ 138,5	+ 20,2
Übrige ¹⁾	408,0	6,4	313,2	5,6	+ 94,8	+ 30,3
Einnahmen der Vermögensbewegung	1 291,7	20,2	1 039,7	18,5	+ 252,0	+ 24,2
davon						
Rückflüsse von Darlehen	58,0	0,9	46,5	0,8	+ 11,5	+ 24,7
Schuldensaufnahmen ²⁾	844,9	13,2	664,8	11,9	+ 180,1	+ 27,0
Entnahmen aus Rücklagen	280,1	4,4	240,1	4,2	+ 40,0	+ 16,7
Vermögensveräußerungen	108,7	1,7	88,3	1,6	+ 20,4	+ 23,1
Zweckgebundene Zuweisungen und Darlehen vom Land (Bund)	809,3	12,6	673,0	12,0	+ 136,3	+ 20,2
Allgemeine Deckungsmittel	3 078,5	48,0	2 884,4	51,7	+ 194,1	+ 6,7
Steuern	1 955,4	30,5	1 826,4	32,6	+ 129,0	+ 7,1
darunter						
Grundsteuer A	78,6		76,2		+ 2,4	+ 3,2
Grundsteuer B	202,5		182,9		+ 19,6	+ 10,7
Gewerbesteuer	1 579,2		1 465,2		+ 114,0	+ 7,8
Allgemeine Zuweisungen	830,9	12,9	799,2	14,2	+ 31,7	+ 4,0
davon						
Schlüsselzuweisungen	730,4		686,0		+ 44,4	+ 6,5
Sonstige Zuweisungen	100,5		113,2		- 12,7	- 11,2
Allgemeine Umlagen (Saldo)	134,4	2,1	91,9	1,6	+ 42,5	+ 46,2
Einnahmen-Umlagen	482,4		371,8		+ 110,6	+ 29,7
abzüglich						
Ausgaben-Umlagen	348,0		279,9		+ 68,1	+ 24,3
Erträge des Erwerbsvermögens	157,8	2,5	166,9	3,3	- 9,1	- 5,5
davon						
Wirtschaftliche Unternehmen	140,4		150,7		- 10,3	- 6,8
Allgem. Kapital- und Grundvermögen	17,4		16,2		+ 1,2	+ 7,4
Einnahmen insgesamt	6 412,1	100	5 596,4	100	+ 815,7	+ 14,6

¹⁾ Abzüglich Erstattungen 1964 = 57,1 Mill. DM und 1963 = 52,5 Mill. DM. — ²⁾ Einschl. Mieten, Pachten, Zinsen, Zuweisungen an Zweckverbände: —

³⁾ Einschl. Innere Darlehen.

hervor, daß ihre Zuwachsrate in Höhe von 485 Mill. DM oder 23,8% absolut mehr als doppelt so hoch und relativ sogar mehr als dreimal so hoch war wie die der allgemeinen Deckungsmittel (+ 194 Mill. DM = + 6,7%). Entsprechend hat sich der Anteil der speziellen Deckungsmittel an den Gesamteinnahmen von 36,3% im Jahr 1963 auf 39,4% erhöht.

Von den speziellen Deckungsmitteln in Höhe von 2,5 Mrd. DM entfielen mit 1233 Mill. DM wiederum knapp die Hälfte auf *Verwaltungs- und Betriebseinnahmen* und 1292 Mill. DM auf die *Einnahmen der Vermögensbewegung*. Der wichtigste Posten bei den speziellen Deckungsmitteln im ordentlichen Haushalt sind die *Gebühreneinnahmen*. Sie beliefen sich im Jahr 1964 auf 825 Mill. DM und waren damit um 138,5 Mill. DM oder 20,2% höher als im Jahr 1963. Die Gebühren fallen in erster Linie beim Verwaltungszweig Gesundheitswesen, besonders bei den Krankenhäusern an sowie beim Einzelplan 7, dem sogenannten Gebührenhaushalt. Die größten Einnahmeposten sind hier die Erstattung der Verpflegungskosten an die Krankenhäuser (312 Mill. DM) sowie die Einnahmen aus der Benutzung der öffentlichen Anstalten und Einrichtungen (282 Mill. DM).

In den übrigen *Verwaltungs- und Betriebseinnahmen* in Höhe von 408 Mill. DM sind neben Zinsen (37 Mill. DM), Mieten und Pachten (31 Mill. DM), Zuweisungen von Zweckverbänden (27 Mill. DM) vor allem der große Sammelposten der sonstigen Einnahmen enthalten, bei denen hauptsächlich die Rückerstattungen von geleisteten Wohlfahrtsunterstützungen seitens der Unterhaltspflichtigen und der sozialen Versicherungsträger von Bedeutung sind.

Die rege kommunale Investitionstätigkeit im Jahr 1964 brachte auch eine starke Ausweitung der *Schuldensaufnahmen* mit sich. Die auf dem Kreditmarkt aufgenommenen Darlehen beliefen sich im Jahr 1964 auf 845 Mill. DM und sind um 180 Mill. DM oder 27% höher gewesen als im Jahr 1963. An

der Zunahme waren die kreisangehörigen Gemeinden insgesamt mit fast zwei Dritteln beteiligt; sie erhöhten ihre Schuldensaufnahmen um 117 Mill. DM auf 472 Mill. DM, die neun Stadtkreise um 52 Mill. DM auf 351 Mill. DM. Bei den Landkreisen hat sich die Neuverschuldung von 10,5 auf 22 Mill. DM mehr als verdoppelt. In erster Linie wurden die Darlehen für die Aufgabenbereiche wirtschaftliche Unternehmen (235 Mill. DM), öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung (165 Mill. DM), Schulen (162 Mill. DM) und Bau- und Wohnungswesen (157 Mill. DM) aufgenommen.

Von den übrigen *Einnahmen der Vermögensbewegung* sind vor allem die Entnahmen aus Rücklagen von Bedeutung. Sie sind im Jahr 1964 um 40 Mill. DM auf 280 Mill. DM angestiegen. Die Rückflüsse von Darlehen erhöhten sich um 11,5 Mill. DM auf 58 Mill. DM und die Vermögensveräußerungen um 20,4 Mill. DM auf 109 Mill. DM.

Allgemeine Deckungsmittel

Die Einnahmen aus den *allgemeinen Deckungsmitteln*, zu denen die Steuern, die allgemeinen Finanzzuweisungen, die Umlageeinnahmen und die Erträge des Erwerbsvermögens gehören, belaufen sich unter Berücksichtigung der Umlageausgaben in Höhe von 348 Mill. DM auf insgesamt 3079 Mill. DM; sie sind gegenüber dem Jahr 1963 um 194 Mill. DM (6,7%) gestiegen. Ihr Anteil an den Gesamteinnahmen ist von 51,7% im Jahr 1963 auf 48% zurückgegangen. Die Steuern und steuerähnlichen Einnahmen, auf die wiederum nahezu zwei Drittel der allgemeinen Deckungsmittel entfielen, betrugen im Jahr 1964 rund 1955 Mill. DM; sie sind gegenüber dem Vorjahr um 129 Mill. DM oder 7,1% gestiegen. Die höchste Zuwachsrate weisen die kreisangehörigen Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern (9,0%) auf, während die kreisangehörigen Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern (5,8%) und die Stadtkreise (5,9%) unter dem

Durchschnitt liegen. Den Schwerpunkt der Steuereinnahmen bildet wiederum die *Gewerbsteuer* mit 1579 Mill. DM, die 114 Mill. DM (+ 7,8%) mehr erbrachte als im Jahr 1963. Das Aufkommen an *Grundsteuer A* hat sich bei einer Zunahme von 2,4 Mill. DM auf 78,6 Mill. DM nur wenig erhöht. An *Grundsteuer B* kamen mit 202,5 Mill. DM rund 20 Mill. DM mehr auf als im Jahr 1963. Von den übrigen *Gemeindesteuern* brachte die Kinosteuer mit 4,6 Mill. DM nur noch stark die Hälfte des Vorjahres (8,7 Mill. DM). Das Aufkommen an Hundesteuer mit 6,8 Mill. DM und an Getränkesteuer mit 6,5 Mill. DM hat sich gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig erhöht.

Finanzzuweisungen

Im Rahmen des zwischengemeindlichen Finanzausgleichs wurden im Jahr 1964 rund 831 Mill. DM an allgemeinen Finanzzuweisungen ausgeschüttet; das sind 32 Mill. DM oder 4,0% mehr als im Jahr 1963. Von dem Gesamtbetrag entfielen 730 Mill. DM (1963 = 686 Mill. DM) auf die *Schlüsselzuweisungen* und 36,3 Mill. DM (40,7 Mill. DM) auf *Zuschüsse aus dem Ausgleichsstock*. Die im Rahmen des Finanzausgleichs vom Staat den Landkreisen voll überlassenen Gebühren nach § 63 der Landkreisordnung haben sich von 24,6 auf 28,1 Mill. DM erhöht.

Rechnet man zu den allgemeinen Finanzzuweisungen noch die *zweckgebundenen Finanzzuweisungen*, so betragen die gesamten Zuwendungen des Landes im Jahr 1964 rund 1640 Mill. DM, davon entfallen 831 Mill. DM (50,7%) auf die allgemeinen und 809 Mill. DM auf die zweckgebundenen Zuweisungen. Der Anteil der zweckgebundenen Zuweisungen ist gegenüber dem Vorjahr von 45,7% auf 49,3% gestiegen.

Von diesen Zuweisungen und Darlehen vom Land (Bund) in Höhe von 809 Mill. DM – das sind 136 Mill. DM oder 20,2% mehr als im Jahr 1963 – waren 188 Mill. DM für den Schulhausbau, 181 Mill. DM für die sozialen Angelegenheiten, 164 Mill. DM für die öffentlichen Einrichtungen und die Wirtschaftsförderung und weitere 137 Mill. DM für das Straßenwesen bestimmt. Bei der Wirtschaftsförderung handelt es sich vor allem um Mittel des Grünen Planes für die Abwasserbeseitigung und den Feldwegbau, die hauptsächlich den ländlichen Gemeinden und Landkreisen zur Verfügung gestellt wurden.

Die gesamten vom Land (Bund) zur Verfügung gestellten Mittel in Höhe von 1,6 Mrd. DM tragen im Durchschnitt mit 25,8% zur Ausgabenfinanzierung bei. Da bei den Stadtkreisen und den kreisangehörigen Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern die speziellen Deckungsmittel ein viel stärkeres Gewicht haben, ist der Anteil bei diesen Gebietskörperschaften mit 14,4% bzw. 15,7% wesentlich niedriger. Die Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern insgesamt konnten dagegen ihre Ausgaben zu 36,8% und die kleinen Gemeinden mit unter 1000 Einwohnern sogar zu 48% durch Finanzzuweisungen bestreiten. Bei den Landkreisen deckten die Finanzzuweisungen stark ein Drittel (35,4%) der Ausgaben.

Umlagen

Die Landkreise erheben zur Finanzierung ihres nicht gedeckten Finanzbedarfs von den kreisangehörigen Gemeinden eine Kreisumlage. Grundlage der Berechnung dieser Umlage sind die Steuerkraftsummen der einzelnen Gemeinden. Rechnet man von der Kreisumlage in Höhe von 381 Mill. DM die Schulumlage der kreisangehörigen Gemeinden mit 135 Mill. DM ab, die von den Landkreisen an das Land zu zahlen sind, so ergibt sich gegenüber dem Jahr 1963 für die eigentliche Kreisumlage eine Zunahme von 35 Mill. DM. Die Umlage des Landeswohlfahrtsverbandes Württemberg-Hohenzollern, die von den nord- und südwürttembergischen Stadt- und Landkreisen erhoben wird, sowie die Umlage des Landeskommunalverbandes der Hohenzollerischen Lande, die von den Kreisen Hechingen und Sigmaringen bestritten wird, hat sich von 38,3 Mill. DM auf 51,4 Mill. DM erhöht. Die Umlage des am 1. Januar 1964 neu gegründeten Landeswohlfahrtsverbandes Baden betrug im Berichtsjahr 50,5 Mill. DM.

Erwerbseinkünfte

Schließlich gehören zu den allgemeinen Deckungsmitteln noch die *Einkünfte aus dem Erwerbsvermögen*; es handelt sich hierbei um die Überschüsse der wirtschaftlichen Unternehmen, die sich auf rund 140 Mill. DM belaufen, und um die Erträge aus dem allgemeinen Kapital- und Grundvermögen in Höhe von 17 Mill. DM. Mit insgesamt 157 Mill. DM sind die Erwerbseinkünfte gegenüber dem Jahr 1963 um 9,1 Mill. DM zurückgegangen, und zwar weisen die Überschüsse aus den wirtschaftlichen Unternehmen eine Abnahme um 10,3 Mill. DM auf, während die Erträge aus dem Kapital- und Grundvermögen sich um 1,2 Mill. DM erhöht haben.

Tabelle 5

Finanzstatistischer Abschluß in den Rechnungsjahren 1964 und 1963

Ausgaben / Einnahmen	1964	1963
	Mill. DM	
Bereinigte Ausgaben	6 361,0	5 497,4
Gesamteinnahmen	6 412,1	5 596,4
Mehreinnahmen	51,1	99,0
Rücklagen für den Gesamthaushalt (Zuführung)	27,6	20,6
Abschluß der ordentlichen und außerordentlichen Rechnung (Mehreinnahmen)	23,5	78,4
Abschluß der außerordentlichen Rechnung (Mehreinnahmen)	8,5	19,7

Gesamtabschluß

Stellt man den bereinigten Ausgaben die Gesamteinnahmen gegenüber, so ergeben sich für das Jahr 1964 – ohne Abwicklung der Vorjahre – einschließlich des Saldos der Rücklagen für den Gesamthaushalt (Zuführungen abzüglich Entnahmen) *Mehreinnahmen* in Höhe von 23,5 Mill. DM; davon entfallen 15 Mill. DM auf Überschüsse der ordentlichen Rechnung und 8,5 Mill. DM auf Mehreinnahmen der außerordentlichen Rechnung.

Dipl.-Volksw. Weber/Dipl.-Volksw. Kaiser

Buchbesprechungen

Miller, Andreas: Kultur und menschliche Fruchtbarkeit. Versuch einer soziologischen Theorie der Bevölkerung. Ferdinand Enke Verlag, Stuttgart 1962. Mit 7 Abb. und 16 Tabellen, VII, 152 Seiten. Kart. 18,80 DM.

Im Vorwort führt der Verfasser aus, daß die Bevölkerungslehre in den letzten Jahren insofern eine bedeutende Wandlung erfahren hat, als sie zur Erklärung der Bevölkerungsphänomene in zunehmendem Maße auch die sozialen und wirtschaftlichen Vorgänge heranzieht. Andererseits seien die Bemühungen um die theoretische Erkenntnis der Ursachen und Wirkungen der Bevölkerungsveränderungen und vor allem die Erforschung ihrer Zusammenhänge mit anderen sozialen Prozessen und Wandlungen, die als Grundlage für eine soziologische Bevölkerungstheorie dienen könnte, vernachlässigt worden. Diese Lücke will *Miller* mit seiner im Jahre 1958 der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich als Habilitationsschrift eingereichten „Studie“ ausfüllen, in der er sich

die Aufgabe stellt, einen allgemeinen Rahmen für eine soziologische Theorie der Bevölkerung zu entwerfen.

Ausgehend von der *Malthusschen* Bevölkerungslehre, der bisher keine „heuristisch ebenbürtige Theorie“ entgegengestellt werden könne, setzt sich der Verfasser kritisch mit einigen älteren Bevölkerungstheorien auseinander. So untersucht er vor allem die ökonomische Theorie des Bevölkerungsoptimums, die biologischen Theorien, insbesondere die logistische Kurve von *Verhulst* bzw. (wiederentdeckt) von *Pearl* und *Reed*, sowie die soziologischen Theorien, und zwar speziell in bezug auf den Geburtenrückgang. Eingehend wendet er sich dann der soziologisch-historischen Bevölkerungstheorie *Gerhard Mackenroths* zu. Dabei folgt er *Mackenroth* insoweit, als dieser seine „Bevölkerungsweisen“ als Resultat der Wechselbeziehungen und des Zusammenwirkens von sozialer Struktur, Kultur und generativem Verhalten betrachtet. Die Bevölkerungstheorie *Mackenroths* als solche lehnt er jedoch entschieden ab, weil dieser eine *kausale* Erklärung der Bevölkerungsweisen („im Sinne einer